

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
besteller 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Pachtzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Jordan, Charlottenburg.

Weiterer Bericht von der Generalversammlung.

Am Dienstag, dem 3. Verhandlungstag, sollte in die Aus-
sprache zum Gewerkschaftsstatut eingetreten werden.
Eine Diskussion wurde nicht beliebt, selbst nicht von der Oppo-
sition über ihre gestellten Anträge. Diese Anträge wurden dar-
aufhin als erledigt erklärt, und zwar gegen vier Stimmen. Die
Mandatskommission hatte zu berichten, daß keine Beanstandungen
vorlagen. Der Bericht wurde einstimmig anerkannt.

Die Verschmelzungsfrage

wurde als besonderer Tagesordnungspunkt von dem Ge-
nosse Wollmann eingeleitet. Er bezog sich in der Haupt-
sache auf seinen schriftlichen Bericht und knüpfte an die darin
geäußerten Schlussfolgerungen an, dabei wies er auch darauf hin,
daß die Steinarbeiter in einem Brief zum Ausdruck gebracht
haben, sie stehen den Verschmelzungsverhandlungen neutral
gegenüber. Wollmann ging dann in seinen weiteren Ausführungen auf
einige Artikel zur Verschmelzungsfrage im „Nachgehörten“ ein
und stellte manches davon richtig. So hätten wir es z. B. nicht
abgelehnt, über die Verschmelzungsfrage zu verhandeln, weil wir
angeblich keine Zeit gehabt hätten, sondern die Gründe waren
darin zu suchen, daß gerade in der fraglichen Zeit fast alle acht
Tage Lohnverhandlungen stattfanden und auch der Hausbau die
Kräfte in Anspruch nahm und daß weiterhin auch die Vor-
arbeiten der Kommission des DGB zu berücksichtigen waren.
Deshalb kann nicht daraus gefolgert werden, daß die Porzellan-
arbeiter nicht für eine Verschmelzung seien. Wir haben der Frage der
Verschmelzung stets unser ganzes Interesse entgegengebracht, und
deshalb wäre es gut gewesen, wenn die Glasarbeiter unseren
Gründen größere Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Als erster
Redner der vertretenen Verbände sprach Genosse Grünzel
vom Glasarbeiterverband. Er bekannte sich als An-
hänger der Verschmelzung seit jeher. Seine Stellung im „Nach-
gehörten“ kam von etwas Verbitterung her und er sieht es ein,
daß er seinerzeit dadurch etwas beeinträchtigt worden ist. Aber
das hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihm als Anhänger der
Verschmelzung an seinen weiteren Bestrebungen zu hindern.
Das zeigte ja seine weiteren Schritte. Für die Glasarbeiter
war es höchste Zeit, zu einer Verschmelzung zu kommen und
war aus industriell-technischen Gründen. Es wäre erfreulich
gewesen, wenn die Porzellan- und Glasarbeiter (den Glasarbeitern)
Standpunkt mehr gewürdigt hätten. Seine Ausführungen
klangen in den Wunsch aus, die Porzellanarbeiter möchten bei
ihren weiteren Beratungen und Entscheidungen bedenken, daß ein
Keramikerverband nicht mehr der Entwicklung Rechnung
trägt und nicht mehr das Richtige sei, weil der Zusammenschluß
zu einer keramischen Gruppe unter Anlehnung an einen größe-
ren Verband zeitweiligerweise ist und mehr Rücksicht bietet.
Nach ihm legte Genosse Paeplov vom Baugewerks-
bund den Standpunkt der Bauarbeiter zu den Keramikerarbeitern
klar. Er betonte, daß der Baugewerksbund deshalb die Verbin-
dung mit den Porzellanarbeitern und den Glasarbeitern ange-
strebt habe, weil er den Zusammenschluß der Keramikerarbeit-
erwünsche, um die Arbeitergruppen der Steine und Erden zu-
sammenzubringen. Weiter benötigten die Bauarbeiter als Vor-
gruppe in der Lohnbewegung innerhalb der deutschen Arbeiter-
schaft die Verbindung mit Dauerarbeitern. Und dazu rechnen
sie die Porzellan- und Glasarbeiter. Da schon die Töpfer einige
Jahre im Baugewerksbund seien, der Glasarbeiterverband durch
eine Mitgliederabstimmung seinen Beitritt beschließen habe, wäre
es für die Porzellanarbeiter das Gegebene, ebenfalls diesen
Weg zu gehen und ihren Anschluß an den Baugewerksbund zu
suchen. Der Genosse Thiemig vom Fabrikarbeiter-
verband behauptete es eingangs seiner Rede, daß unter Ver-
band nicht auch die Fabrikarbeiter zu den besprochenen Ver-
handlungen gezogen habe. Im übrigen gab er Aufklärung
über die Haltung des Fabrikarbeiterverbandes zur Organi-
sationsfrage und verwies darauf, daß im Fabrikarbeiterverband
eine größere Zahl keramischer Arbeiter schon zusammengefaßt,
deren nahe Verwandtschaft zu den Porzellanarbeitern doch all-
gemein bekannt sei. Da nun auch noch andere Gründe, wie z. B.
Gleichheit im Organisationsleben, Zusammenschluß der Frauen
in den Organisationen, eine ähnliche Beitragsgestaltung vor-
handen sei, wäre es doch besser, der Porzellanarbeiterverband
würde sich dahin entscheiden, mit diesen Keramikergruppen
zu einer engeren Gemeinschaft zu kommen. Der Fabrikarbeiter-
verband kann die gleichen Gründe anführen wie die Bauarbeiter
in Bezug auf den Rückhalt von Dauerarbeitern, da auch er
Gehaltsarbeitergruppen in sich vereinigt hat. Er regte an, die
Porzellanarbeiter und auch die Glasarbeiter möchten doch bei
ihren weiteren Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage den
Fabrikarbeiterverband zuziehen, damit man sich näher komme.
Ein Parteilichverhältnis wäre sehr angebracht. Dann gab der Ge-
nosse Wollmann von der Fachgruppe der Töpfer im
Baugewerksbund seine Erfahrungen mit dem Baugewerksbund
zum besten. Er verwies darauf, daß sie gut seien und daß sie
bisher als kleine Organisation außerordentliche Vorteile von
ihrer Verschmelzung mit dem Baugewerksbund gehabt haben.
Er halte es für günstig, wenn die Porzellanarbeiter sich den
vorausgegangenen Töpfern und Glasarbeitern anschließen
würden, um im Baugewerksbund zu einer keramischen Gruppe
zu kommen. Darauf wurden die Anträge, die zum Thema Zu-
schluß- oder Berufsverband gestellt waren, mit in die Verhand-
lungen einbezogen.

In der Aussprache verwies der Kollege Meinhardt,
Kahla, darauf, daß man sich als Porzellanarbeiter den Vor-
schlägen des Genossen Paeplov anschließen könnte. Ob aber die
Kollegen damit einverstanden seien, das stehe noch in Frage.
In dieser Generalversammlung könne wohl kaum eine Entschei-
dung darüber getroffen werden. Die Ausführungen des Ge-
nossen Thiemig bewährte Kollege M. dahin, daß sie der neu-
zeitlichen Entwicklung in der Organisationsfrage nicht Rechnung
trügen; denn es sei nicht möglich, daß der Fabrikarbeiterverband
für alle Zukunft seine jetzigen Ansprüche weiterhin geltend
machen könne. Der Kollege Frauke, Dresden, betonte, daß er
bis jetzt große Mühe gegeben habe, in dieser Frage eine

Klärung zu finden. Er meinte, daß wohl zum Baugewerksbund
Zuneigung bestehe aus geschichtlichen Gründen, daß man aber
dem Anschluß zum Fabrikarbeiterverband gegenüberstehe wie:
da stehe die Welt. Sein Wunsch war, daß die Porzellanarbeiter
unter Anlehnung an einen größeren Verband mit anderen kera-
mischen Gruppen sich zusammenfinden möchten.

Elzner (Fabrikarbeiterverband) hob hervor, daß durch
Anschluß der Porzellanarbeiter an den Baugewerksbund eine
Zerreißung der Keramikerarbeiterschaft stünde, da im Fabrik-
arbeiterverband schon größere Gruppen von Keramikerarbeitern
organisiert seien. Er warnte vor einem endgültigen Festlegen
dabei, welche Wege wir in der Verschmelzungsfrage gehen
wollen. Eine endgültige Entscheidung kann natürlich nicht er-
folgen, denn diese steht der Mitgliedschaft zu. Markhardt
(Annaburg) erwartet vom Anschluß an den Baugewerksbund
größere Vorteile für die Porzellanarbeiter als durch Ver-
schmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband. Müller (Selb)
sprach sich für Anschluß an den Baugewerksbund aus. Lan-
termann (Waldenburg): Nachdem sich die Glasarbeiter für
den Baugewerksbund entschieden haben, können wir sie nicht
wieder zurückrufen. Die Keramiker im Fabrikarbeiterver-
band werden ganz von selbst zu der großen keramischen Nach-
gruppe im Baugewerksbund stehen. Wollmann (Dresden)
wünschte Anschluß an den Baugewerksbund. Wollmann (Weiden):
Für die Entscheidung ist wichtig, bei welcher Organisation die
Interessen der Porzellanarbeiter am wirkungsvollsten vertreten
werden. Summrich (Kloster-Weilbach): Um unserer Or-
ganisation die nötige Achtung bei dem Unternehmertum zu ver-
schaffen, ist der Anschluß an eine größere Organisation not-
wendig. Menninger (Redakteur der „Zimmeiße“): Die Mon-
zener unserer Industrie sind in die Tonwaren-, Schmelz- und
Wagnereindustrie stark eingebunden. Das muß bei unserer
Entscheidung berücksichtigt werden. Thiemig (Fabrikarbeiter-
verband): Elzners Ausführungen sollten kein Verbot sein, um
die Porzellanarbeiter zu sein. Wenn aber die Porzellanarbeiter
zu uns kommen wollen, dann sind sie willkommen. Paep-
lov (Baugewerksbund): Eine Zerreißung des Keramikerar-
beiterverbandes würde nicht erfolgen, wenn dieser seine Keramiker
an eine etwa zu bildende Nachgruppe im Baugewerksbund ab-
geben würde. Wollmann (Hauptvorstand) ging im Schluß-
wort auf die zahlreichen Fragen, die in der Diskussion auf-
geworfen wurden, ein. Gegenüber dem Fabrikarbeiterverband
betont er, daß Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage vor
dieser Generalversammlung nicht von den Porzellanarbeitern
veranlaßt wurden, also auch Einladungen von diesem nicht er-
gehen konnten. Nebenbei empfiehlt einen Antrag des Vorstandes
anzunehmen, der besagt, daß die Bildung eines Keramikerar-
beiterverbandes anzustreben sei und die Glasarbeiter zur Teilnahme
an diesem Zusammenschluß bewegt werden sollen.

Die Abstimmung ergab Ablehnung des Vorstands-
antrages und Annahme eines Antrages Dresden-Arei-
berg, der im ersten Abzug daselbst will, aber durch einen
Nachtrag erweitert ist. Der Antrag lautet:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand,
Schritte zu unternehmen, um doch noch zu einer die
gesamte Keramik umfassenden Industrie-
organisation zu kommen.“

Sollte diese selbständige Organisation infolge der in den
letzten Jahren beobachteten Entwicklung sich nicht mehr er-
gänzen lassen, dann ist die Verbindung mit derjenigen großen
Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe
mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte
aufweisen. Darüber hinaus darf die alte Tradition unseres
Verbandes bei allen Verhandlungen nicht unbeachtet gelassen
werden.

Eine Zerreißung unserer jetzigen Organisation soll dabei
möglichst verhindert werden.“

Dann erstattete die Beisitzerkommission ihren
Bericht. Einige Beisitzerbefälle über Streitfragen in Unter-
stützungsfällen wurden abschlägig beschieden. Ebenfalls die Be-
schwerden von vier Mitgliedsmitgliedern der Kasse des Selb und
des ausgeschlossenen Hauptvorstandsmitgliedes Schläter.

Über den Bericht entspann sich eine äußerst rege Debatte,
die das organisationsbildende Verhalten der Gewerkschafts-
opposition in greller Beleuchtung erscheinen ließ.

Die Abstimmung über die Vorläge der Kommission ergab
deren Annahme und damit Abweisung der Beschwerden mit
großer Mehrheit.

Der vierte Verhandlungstag des Kongresses war der
internen Beratung der Tariffragen gewidmet. Genosse
Karl vom Hauptvorstand hielt das Meierat. Aus reichen
Erfahrungen konnte er in ausführlichen Darlegungen die ge-
samte Entwicklung des Tarifwesens für die Porzellanindustrie
schildern. Die Zeit der rasenden Selbstwertung und die damit
verbundenen allerhöchsten Wirtschaftskämpfe der Gewerks-
schaften entstand nach einmal in aller Deutlichkeit vor den Tele-
graphen. Der Meierat verstand es aber auch, in auszeich-
nender Weise die nach der Stabilisierung notwendige gewordene
Taktik im Arbeitskampf vorzumachen. Dabei betonte er beson-
ders, daß die behördlichen Schlichtungsämter und Schiedsstellen
sich entsprechend dem gegenwärtigen Regierungskurs mehr und
mehr auf die Wahrung der Unternehmerinter-
essen umstellen. Lebhaftes Interesse fanden auch die Aus-
führungen über die geplante Neugestaltung des Arbeitsgerichts-
wesens, die in vieler Beziehung den Forderungen der Gewerks-
chaften nicht entspreche.

Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund richtete
dann dessen Vertreter, Genosse Silberschmidt, herzliche
Worte an den Kongress. Er hatte den Verhandlungen bei-
gewohnt, konnte aber wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht
bis zum Ende verbleiben. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß
nach den schweren Jahren der Vergangenheit die alte gewerks-
chaftliche Aktivität der Mitglieder wieder erstehen werde, auch
bei den Porzellanarbeitern. Die Mitglieder mögen ihre Hoff-
nungen nicht auf die Vorstände und Organisationsleiter setzen
und denen die Arbeiten allein überlassen. Die gewerkschaftlichen
Kraftquellen beruhen auf der Grundlage des Vertrauens ge-
einander, eines Vertrauens, das auch in dem Andersdenkenden
den Kameraden und Kampfer anerkennt. Der Wille zur

Sachlichkeit und der Wille zur Tat sind die Faktoren des Aus-
stieges und des endgültigen Erfolges.

Die Ausführungen des Genossen Silberschmidt fanden herz-
lichen Beifall bei den Delegierten. Die Verhandlungen des
Kongresses wurden dann am Donnerstag vormittag vertagt.

Zu Beginn der Verhandlungen des fünften Tages er-
folgte die Wahl einer Statutenkommission und einer Wahl-
und Gehaltskommission. Dann wurde die Diskussion über das
Tarifwesen eröffnet.

Es sprachen zu diesem Thema die Kollegen: Stäßler-Kah-
la, Wollmann-Dresden, Köhler-Kloster-Weilbach, Franke-
Dresden, Wollmann-Waldenburg, Markhardt-Annaburg, Hoffmann
(Gaulitz), Lantermann-Waldenburg, Klar-Schneeberg, Hoff-
mann-Dresden, Wollmann-Mannheim in der Vormittags-
sitzung, und nachmittags Griesbach (Gaulitz), Löhner-Vonn, Main-
hardt-Kahla, Herzer-Weiden, Silb-Eisenberg, Menninger (Re-
dakteur), Kühn (Hauptvorstand), Käster-Rönnert, Erdmann
(Gaulitz), Wollmann-Stettin, Hoffmann (Gaulitz),
Franke-Dresden, Kuh-Mannheim, Wollmann-Dresden, Apel
(Hauptvorstand); am Freitagmorgen noch Hartmann-Kreisberg,
Griesbach (Gaulitz), Schübel-Annaburg und Markhardt-Annaburg.

Nach der Mittagspause kam der Vorsitzende, Kollege Woll-
mann, auf den Beschluß des dritten Verhandlungstages über
die Verschmelzungsfrage zurück. In Mitgliederkreisen könnten
durch den Beschluß solche Auffassungen entstehen. Aber auch
bei den künftigen Verhandlungen muß eine größere Klarheit
gegeben sein, als sie durch den Antrag zum Ausdruck kommt.
Er empfahl die Annahme einer Delegation zu dem An-
trag. Nach kurzer Aussprache wird dann folgende Delegation
gefaßt:

„Der Antrag Nr. 73 (Dresden) war gestellt und ist von
der Generalversammlung angenommen, nicht im Gegensatz zu
dem von der Generalversammlung abgelehnten Antrag des
Vorstandes betreffend Bildung eines Keramikerarbeiterverbandes,
sondern unter Anerkennung des Vorstands-
antrages nur aus dem Grunde, weil der zweite Absatz des
Antrages Nr. 73 (Dresden) weitergehend als der Antrag des
Vorstandes, auch für den Fall Vorfrage trifft, daß die Bil-
dung eines Keramikerarbeiterverbandes sich als unmöglich er-
weisen sollte. Ausdrücklich wird betont, daß der Kera-
mikerarbeiterverband auch dann anzustreben ist, wenn die Glas-
arbeiter unserem Ersuchen, sich an ihm zu beteiligen, nicht
entsprechen sollten.“

Da am Abend des Donnerstag noch verschiedene Anträge
tagten sollten, wurden die Verhandlungen über das Tarifwesen
abgebrochen und eine große Reihe von Anträgen dadurch er-
ledigt, daß die Unterstützungsfrage gestellt wurde. Die Unter-
stützung reichte in den meisten Fällen nicht aus. Dessen
Schicksal verfielen u. a. auch einige Anträge auf Entsendung
einer Delegation nach Ausland.

Karl (Hauptvorstand) ging in seinem Schlußwort aus-
führlich auf alle wichtigen Fragen ein, die in der Debatte auf-
geworfen wurden. Er betonte, daß die zentrale Regelung der
Lohnfrage im Interesse der Gesamtorganschaft liege. Bezirke-
liche Regelungen schalten die Kraft der Unternehmer nicht aus,
sondern stärken sie, wenn in Streitfällen wird die Kraft der ge-
samten Arbeitgeber des Reiches auf diesen Bezirk konzentriert
werden.

Die Abstimmung über verschiedene Anträge ergab teilweise
Ablehnung, teilweise Ueberweisung an den Vorstand als Ma-
terial.

Zwei Entschließungen wurden angenommen. Die erste
lautet:

„Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Por-
zellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen bringt
nach einer eingehenden Beratung des Tagesordnungspunktes
„Lohn-Tarifwesen“ zum Ausdruck, daß die Verhandlungs-
leitung und die Beisitzerkommission in der Behandlung des
Tarifwesens vollst. ihre Pflicht getan haben. Sie haben alle
Kräfte zur Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im
Interesse unserer Mitgliedschaft in Anwendung gebracht. Die
Generalversammlung beauftragt den Vorstand, auch weiterhin
die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch
Reichstarifverträge anzustreben. Dabei ist insbesondere auf
eine stärkere Berücksichtigung der besonders kleinen Orte in
der Lohnfrage sowie auf ein besseres Funktionieren der tarifi-
schen Schiedsstellen hinzuwirken.“

Die zweite Entschließung besagt:

„Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Por-
zellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen mißbilligt,
daß die Aktionen des Verbandes vielfach durch
wilde Streiks gestört worden sind. Durch solche wilden Streiks
wurden die Kräfte und Mittel des Verbandes zum Nachteil
anderer berechtigter und für notwendig anerkannter Streiks
stark in Anspruch genommen. Die Generalversammlung er-
wartet deshalb von den Mitgliedern, daß künftig Streiks
ohne die vorherige ausdrückliche Genehmigung der Verbands-
leitung nicht mehr unternommen werden, und ersucht den
Vorstand und auch die Mitglieder, keinesfalls mehr solche
Streiks zu unterstützen.“

Im Bericht der Statutenkommission wurde em-
pfohlen, auf wesentliche Änderungen des Statuts zu verzichten,
da durch die beabsichtigte Verschmelzung des Verbandes mit
anderen Organisationen doch eine neue Gestaltung notwendig
werden wird. Die Abstimmung ergab, daß nach den Vor-
schlägen der Kommission verfahren werden soll.

Eine Entschließung verpflichtet die Mitglieder des Ver-
bandes, ihre statutarischen Pflichten in der Beitragsfrage voll
und ganz zu erfüllen, da sonst die Schlagkraft des Verbandes
nicht gewahrt werden könne. In ihr ist niedergelegt:

„Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Por-
zellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit
Verbauern davon Kenntnis, daß die Mitglieder die wöchent-
lichen Beiträge nicht in der statutarischen Höhe entrichten.
Die Organisation ist daher nicht in der Lage, allen an sie
gestellten Anforderungen gerecht zu werden, sie wird ihrer
Schlagkraft beraubt.“

Die Generalversammlung erwartet, daß die Mitglieder
künftig ihre Pflicht der Organisation gegenüber, ganz be-

beiterrasse und mit ihr wir Porzellaner werden auf dem
Posten sein.

Fritz Storch,

2. Vorsitzender der Zahlstelle Berlin-Charlottenburg.

Anmerkung des Redakteurs: Da in dieser Abhandlung der
Herr Storch die Freiheit besitzt, mir die Worte in den
Mund zu legen: „Den sechs Kommunisten werden wir's aber
geben“, muß ich schon sagen, daß nach meinem Dafürhalten
ernstlich nicht mit ihm zu diskutieren ist. Wenn die Konfession
bei ihm schon soweit gediehen ist, daß er Sätze aus Privat-
gesprächen nicht im Zusammenhang wahrheits- und sinngemäß
niederschreiben vermag, kann man ihn nicht mehr ernst nehmen.
Ich befreite ganz entliehen, mich so oder auch nur sinngemäß
so geäußert zu haben. Nach den Erfahrungen mich ernstlich
mit St. über meine Feststellungen in Generalversammlungen
artikeln auseinanderzusetzen, halte ich nicht für angebracht. Die
Generalversammlung hat entschieden und ist weit von den Ideen-
gängen des 2. Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin-Charlotten-
burg, Fritz Storch, abgerückt. Danach werde ich handeln, ohne
Rücksicht auf wankende, schwankende, unfertige, halbweiche, ver-
wirrte, lästernde, nach mehreren Seiten schielende Gestalten.

Erhöhte Beiträge und Renten in der Invalidenversicherung.

Von H. J. Schmidt, Haushaltungsleben.

Am 28. Juni 1925 hat der Reichstag ein Gesetz über Aus-
bau der Angehörigen- und Invalidenversicherung und über Ge-
sundheitsfürsorge in der Reichsversicherung beschlossen, welches
im Reichsgesetzblatt I. 1925 S. 157 veröffentlicht wird. Soweit die
Invalidenversicherung in Betracht kommt, werden die Lohn-
klassen und die Wochenbeiträge geändert. Mit Wirkung vom
28. September 1925 gelten folgende Lohnklassen:

Klasse 1 bis zu 6 Reichsmark	2 von mehr als 6 bis zu 12 Reichsmark
„ 3 „ „ 12 „ 18 „	„ 4 „ „ 18 „ 24 „
„ 5 „ „ 24 „ 30 „	„ 6 „ „ 30 Reichsmark.

Nach dieser Lohnklasseneinteilung werden folgende Wochen-
beiträge erhoben:

Lohnklasse 1	25 Reichspfennig
„ 2 „ „ 50 „	„ 3 „ „ 70 „
„ 4 „ „ 100 „	„ 5 „ „ 120 „
„ 6 „ „ 140 „	

Diese Neueinteilung bedeutet eine wesentliche Erhöhung der
bisherigen Beiträge; sie werden aber gerne in Kauf genommen,
wenn dadurch die Rentenempfänger besser gestellt werden können.
Für die Beitragszahlung ist noch wesentlich eine neue Bestim-
mung, welche besagt: „Für Versicherte, deren wöchentliches Ein-
kommen 6 Reichsmark nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge entrichtet
der Arbeitgeber die vollen Beiträge“. Diese Bestimmung ist als
Ablass II dem § 1387 RVO angefügt. Hiernach muß der Arbeit-
geber für den Lehrling, ohne Rücksicht auf dessen Verdienst, den
vollen Beitrag zahlen und für sonstige Versicherte, soweit deren
Verdienst 6 Reichsmark in der Woche nicht übersteigt. Man ist
auch die Bestimmung, daß freiwillig Versicherte, also solche,
welche auf Grund der Weiterversicherung oder der Selbstver-
sicherung Beiträge zahlen, diese in der Lohnklasse, welche ihrem
Einkommen entspricht, mindestens aber in der zweiten Lohn-
klasse zahlen müssen.

Als Gegenleistung für die Erhöhung der Beiträge tritt ab
1. August 1925 eine Erhöhung der Renten ein. Für alle bis
zum 1. August festgesetzten und noch laufenden Renten und für
alle ab 1. August 1925 neu festgesetzten Renten wird der Grund-
betrag von 120 Reichsmark jährlich auf 168 Reichsmark oder
fast 10 Reichsmark auf 14 Reichsmark monatlich erhöht. Ebenso
wird ab 1. August 1925 der Steigerungsbetrag (§ 1289 Abs. 1
RVO) von 10 Proz. auf 20 Proz. der nach dem 1. Januar 1924
entrichteten Beiträge erhöht, jedoch nicht für die laufenden,
sondern nur für die ab 1. August 1925 neu festgesetzten Renten.
Endlich sei noch erwähnt, daß die Kinderzulage (§ 1291 RVO) von
30 Reichsmark auf 90 Reichsmark jährlich oder von 3 Reichs-
mark auf 7,50 Reichsmark monatlich erhöht ist. Die Kinder-
zulage erhält der Invalidenrentner für seine Kinder bis zum
18. Lebensjahre. Als Kinder zählen außer den ehelichen auch die
für ehelich erklärten Kinder, die an Kindesstatt angenommenen
Kinder, die Stiefkinder und Entfesselte, wenn sie vor Eintritt
der Invalidität vom Rentenempfänger unentgeltlich unterhalten
sind und endlich uneheliche Kinder, wenn die Vaterpflicht des
Rentenempfängers festgestellt ist. Der erhöhte Grundbetrag gilt
für alle Renten, also auch für die Invaliden-, Witwen- und
Waisenrente, welche bereits bis zum 1. August 1925 bewilligt
waren, und für die ab 1. August 1925 bewilligten Renten. Der
erhöhte Steigerungsbetrag gilt jedoch nur für die nach dem
1. August 1925 festgestellten und noch festzustellenden Renten.
Soweit ein Festsetzungsverfahren am 1. August 1925 noch nicht
abgeschlossen war, gilt auch für diese Rente der erhöhte Stei-
gerungsbetrag.

Konsumgenossenschaftlicher Wiederaufbau.

Der große Zusammenbruch durch die Geldentwertung ist
bekanntlich auch die Konsumgenossenschaften in die Tiefe. Sie
sitten naturgemäß stärker als die privaten Unternehmer des
Handels. Eine Riesenarbeit war und ist zu überwinden, um
den konsumgenossenschaftlichen Apparat wieder intakt zu machen,
damit er befähigt sei, unter wesentlichen schwierigen Umständen
sich durchzusetzen. Doch nicht nur litten die Konsumgenossen-
schaften materiell und finanziell schwer unter der Ungunst der
Verhältnisse, trauriger noch ist es, daß das Verhältnis zwischen
Mitglied und Genossenschaft, zwischen der großen Masse und
ihren Konsumorganisationen schlechter wurde. In Nummer 7
der Monatschrift des DGBW „Die Arbeit“ gibt der Genosse
August Kisch, der Schriftleiter der „Konsumgenossenschaftlichen
Mitschau“, einen Überblick über die bisher geleistete Wieder-
aufbauarbeit der Konsumgenossenschaften. Resignierend muß
auch der Genosse Kisch feststellen: „Das überle Unheil, das das
verfallene Jahrzehnt in der Genossenschaftsbewegung anrichtet
hat, ist vielleicht schlimmer noch als das materielle“. Dennoch
kann der Verfasser über günstige Reizstoffe der Wiederaufbau-
arbeit der Konsumgenossenschaften berichten. Nach einer Sta-
tistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine liegt der
Wochenumsatz pro Mitglied vom September 1924 bis zum Mai
1925 von 3,25 RM. auf 4,12 RM. Die nordwestlichen Kon-
sumvereine konnten sogar ein Wochenumsatz pro Mitglied im
Mai von 5,03 RM. aufweisen. Die Umsatzsteigerungen in den
großen Vereinen Nordwestdeutschlands betrug im Januar 1925
57,4, im Februar 27,3, im März 23,1, im April 18,9 und im
Mai 26,7 Proz. Fernerhin beweist dafür, daß es wieder vor-
wärts geht. Im allgemeinen geht es dem Detailhandel heute
nicht schlecht. Man beziehe sich nur auf die Umsätze der beiden
Warenhäuser Karstadt und Konrad Tietz. Neben ziemlich
Rückstellungen, Neubauten, neuen Angliederungen usw. waren
sie in der Lage, 10 bzw. 8 Proz. Dividende an ihre Aktionäre
zu verteilen. Und das die Kleinräumer sich wohl fühlen, er-
fahren wir täglich, obwohl dieser Stand wie kein anderer
lokal überlebt ist. Diese Situation sollte jedem Gewerkschaft-
ler ermutigen, mit allen Mitteln für den Wiederaufbau ihrer
Genossenschaften tätig zu sein. Nirgendwo wie hier sehen sie die
Erfolge ihrer Arbeit so schnell reifen.

Arbeitervertreter für die Weltwirtschaftskonferenz.

In den Kommissionen des Völkerbundes ist der Vorschlag
des französischen Großindustriellen Loucheur, auf einer Welt-
wirtschaftskonferenz die internationalen Wirtschaftsprobleme
einer Regelung näherzubringen, lebhaft debattiert
worden. Besonders waren es die Arbeitervertreter,
die den Plan lebhaft befürworteten. Der Delegierte Nieder-
sachse betonte im Namen der deutschen Arbeiterklasse, daß der
Mangel eines internationalen Wirtschaftsprogramms die Haupt-
gefahr für den Frieden sei und bleibe. Am meisten Eindruck
machten die Ausführungen des französischen Gewerkschafts-
führers Zouhaux. Er stellte fest, daß die Arbeiterklasse aller
Länder unter den wirtschaftlichen Problemen der Nachkriegszeit
am meisten leide. Naturgemäß sei es u. a. Arbeiterklasse ge-
wesen, die schon frühzeitig bestimmte Vorschläge für eine Rege-
lung der internationalen Wirtschaftsfragen gemacht habe. Der
Internationale Gewerkschaftsbund im Jahre 1919 hat so be-
reits eine internationale Organisation des Wirtschafsaustausches
und der Erzeugung verlangt. Zouhaux erinnerte daran, daß die
erste Vorbedingung für eine wirtschaftliche Gesundung die Re-
gelung der Zollfragen, wie sie der amerikanische Präsident
Wilson verlangt habe, sei. Der wirtschaftliche Nationalismus
ist eine Gefahr für alle Völker, während die internationale wirt-
schaftliche Zusammenarbeit Frieden und Fortschritt verbürge.
Anstelle des alten wirtschaftlichen Liberalismus muß der Ge-
danke der Kontrolle der Produktion treten.

Die wichtigen Worte Zouhaux werden Widerhall in der
internationalen Arbeiterklasse finden, die sich rufen muß, um
die geplante Regelung der internationalen Wirtschaftsfragen im
Sinne des internationalen Sozialismus zu beeinflussen.

Genossenschaftliches.

Lieferungssperre gegen einen Konsumverein. Nachdem der
Magistrat in Königsberg (Preußen) über Konsum-
vereine, die Kohlen und Brennstoffe unter dem von den Kohlen-
händlern festgelegten Preise vertrieben, damit bedrohte, über
die die Lieferungssperre zu verhängen, ist nunmehr festzustellen,
daß man gegen die konsumgenossenschaftlichen zu Wägen vor-
genommen ist und über sie die Lieferungssperre verhängt hat. Das
Kohlenhandels hat die Lieferung von Brennstoffen gesperrt, weil
die Genossenschaft die Preise der dortigen Kohlenhändler nicht
anerkannt und auch nicht zur Durchführung gebracht hat, da sie
in diesen Preisen eine Benachteiligung der Mitglieder erblickt.
Die Genossenschaft hat ihre Forderung so gestellt, daß es allen
Mitgliedern möglich ist, Brennstoffe zu beziehen. Auf eine an die
Genossenschaft gestellte Forderung erhielt sie eine Mitteilung, wo-
nach bei einem Verkaufspreis von 1,10 RM. per Zentner ein
Mengen von 33,81 Mt. verbleibt, nachdem die Unkosten bereits
mit 15 Proz. in Ansatz gebracht worden sind. Der Konsum-
verein wurde aufgefordert, entsprechende Preise einzuführen.
Man muß also der Genossenschaft zu einem Mehrgewinn zu-
nehmen, der in gar keinem Verhältnis zu dem bis jetzt im
Kohlenhandel erzielten Gewinn steht. Selbstverständlich hat die
Genossenschaft zu Vorhaken diese Summe abgelehnt
und dadurch die Sperre durch das Kohlen-
monopol erwirkt. Der Zentralverband deutscher Konsum-
vereine hat sowohl dem Reichslager als auch dem Reichswirt-
schaftsminister Kenntnis von dieser Sache gegeben und
bittet um Abhilfe, zu veranlassen, die Sperre aufzuheben, denn
wenn seitens der Kohlenhändler versucht werde, die bisherigen
Preise höher zu setzen, so verstoße niemand in Deutschland,
wie der verabschiedete Preisabkommen in Wirklichkeit treten soll.
Ein weiterer Fall knapper Preisbildung wird aus Bremen
gemeldet. Dort wurde dem Konsumverein sogar unterstellt, den
Mitgliedern der Genossenschaft am Jahresende aus ihrem
Kohlenbezug Rückvergütung zu gewähren, obwohl die Preis-
festsetzung so war, daß die Genossenschaft in einem Vierteljahr bei
72.000 Mt. Kohlenumsatz einen reinen Uberschuß von
17.000 Mt. haben müßte. Dieses starke Stück hat die dortige
Preisprüfstelle der Regierung vorgelegt.

Die Maßnahmen der Kohlenherren sehen aus wie ein Hohn
auf den von der Reichsregierung in Aussicht genommenen
Preisabbau.

Bemischtes.

Defizit im Reichshaushalt für den Monat August. Der
Monat August brachte der Reichskasse die geringste Einnahme
seit dem Dezember 1921. Während noch im Juli mit einem
Uberschuß von 12,9 Millionen Mark gerechnet werden konnte,
erforderte der Monat August einen Zuschuß von 45,92 Mill.
Mark. Die Gesamteinnahmen im Berichtsmonat betrugen
557,83 Mill. Mt., während die Ausgaben 603,79 Mill. Mt. aus-
machten. Diese Mindereinnahme liegt nicht an der geringeren
Belastung der breiten Volksmasse, sondern hat seine Ursache
in den Steuerherabsetzungen der Wirtschaft. Die darauf er-
folgten Ermäßigungen kommen in dem Defizit für August zum
Ausdruck.

Lungenkrankheit, seid gewarnt! Der Allgemeine Ortskran-
kenkasse Gotha berichtet die Leitung der Sophienheilstätte Bad
Berka folgendes: Unter dem Namen „Stumpfs Kalkstaub-
inhalator“ wird in einer „prachtvollen“ Verpackung ein Topf-
gefäß aus Gummi mit zwei Glasröhren, die das Mittel
verstreuen sollen, zum Preise von sage und schreibe 20 Mt. in
den Handel gebracht. „In Anbetracht der ungeheuren Trag-
weite dieses Selbstfahrers“ — das angeblich dazu dienen soll,
tuberkulöse erkrankte Lungen zu verfallen — wird von der
Aktion Alfred Stumpf, Kommanditgesellschaft, Leipzig 14, ge-
beten, von dem Ergebnis freimüßig kurze Mitteilung zu
unterbreiten, damit durch noch reicheres statisches Material
weitere Kreise Engenleidenen für diese von der Natur ge-
geigte Heilweise gewonnen werden. Dieser fremdlichen Auf-
forderung kommen wir hiermit gern nach. Patient N., der er-
krankte, die Wahrheit auf Verlangen mit seinem Namen decken
zu wollen, inhalatierte ohne Wissen des Arztes nach der Vor-
schrift das beigegebene Pulver in der fälschlichen Heilungsmittel-
dose, daß er bald geheilt sein würde. Nach kurzer Zeit traten Er-
scheinungen schwersten eitrigen Bronchialkatarrhs auf. Der
Mann, der bereits eines ausgeprägten Gesundheitszustandes
sich erfreute und kurz vor seiner Entlassung stand, kam erheblich
zurück. Auswurf, der früher überhaupt nicht vorhanden war,
trat in Mengen von 300—400 ccm täglich auf; dabei kommt es zu
Stauungsanfällen infolge der Staubeinwirkung und verüber-
gehender Herzschwäche. Der Patient ist zurzeit schwer ge-
schädigt und um Wochen in seiner Gesundheit zurückgeworfen. Er
ist wirtschaftlich dadurch schwer geschädigt, außerdem ist auch
die Lebensversicherungsaufgabe, die dem Kranken das Lebens-
jahr gewährte, um die bisherigen Ausgaben für die Kur ge-
schädigt. Dabei ist zu bemerken, daß N. sich genau an die Vor-
schriften gehalten hat. N., der sich an die Aktion wandte und
auch durch einen Bekannten hindurch den Brief erhielt, hat heute
keine Nachricht. Wir möchten nicht verzeihen, das Publikum
auf derartige gesundheitswidrige Behandlungsmaßnahmen hin-
zuweisen und dringend davor zu warnen. Nicht nur, daß man
Gefahr läuft, eine schwere Gesundheitschädigung davonzutragen,
was man noch obendrein für einen Gegenstand, dessen Ver-
sehungskosten schätzungsweise den Preis von 1,50 Mt. nicht
übersteigen, 20 Mt. bezahlen, und es sind nicht gerade die
Reichsten, denen man auf diese marktschreierische Weise das
Geld aus der Tasche zieht. Jedem denkenden Menschen, der

braucht nicht einmal Sachmann zu sein, dürfte es ohne weiteres
klar sein, daß durch Inhalation von Kalkstaub die Atem-
trichter eine Reizung der Luftröhre hervorzurufen wird,
aber niemals eine wirkliche Heilung tuberkulöser Prozesse zu
erzielen ist. Der Körper baut sich auf ganz andere Weise seine
Abwehrkräfte, die zur Heilung der Tuberkulose Vorbedingung
sind, auf. Dieser Fall wurde von den Ärzten unserer Heil-
stätte genau untersucht.

Mitteilung von Albert Thomas aus Südamerika. Der
Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas,
ist am 8. September von seiner südamerikanischen Dienstreise
nach Genf zurückgekehrt. Das Ergebnis dieser Reise ist sehr
befriedigend. Bisher hatte kein südamerikanischer Staat weder
Abereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenzen noch
folgte des Völkerbundes ratifiziert. Nunmehr sind acht Über-
einkommen durch die brasilianische Regierung ratifiziert worden.
Weiter ist es gelungen, zwischen dem Internationalen Arbeits-
amt und den südamerikanischen Regierungen und Verwaltungs-
behörden sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereini-
gungen engere Beziehungen zu knüpfen. Das Verhältnis für
die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes und die Not-
wendigkeit einer Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetz-
gebung in allen Ländern ist durch diese Reise in Südamerika
sehr gefördert worden.

Zahl der Konturte im August 1925. Bei der Erörterung
der Preissteigerungssituation der Regierung wurde mit Recht dar-
auf hingewiesen, daß die deutsche Volkswirtschaft noch viel an-
sehr überfordert sei. Namentlich im Außenhandel ist die Zahl
der selbständigen Exporteuren und Importeuren sehr stark
angewachsen. Auf diesen Umstand muß, soll eine Verbessung zum
Besten eintreten. Nun ist die Statistik, daß der Monat
August die fast niedrigste Konturte des ganzen Jahres
aufweist. Die Entwicklung nahm in den letzten Monaten folgen-
den Verlauf: August 1924 72,9, Mai 1925 77,8, Juni 1925 740,
Juli 1925 788, August 1925 721.

Es ist also ein nicht sehr erfreuliches Zeichen, die Kontur-
te sinken zu sehen, in einer Zeit, da sie absolut keine Vor-
aussetzungen für eine Belebung der Wirtschaft bietet. Es ist
vielmehr aus der Konturteentwicklung der Schluss zu ziehen,
daß der Gewinn in der Produktion, und namentlich im Handel,
immer noch so groß sein muß, daß sich selbst eine Mehrzahl von
selbständigen Exporteuren zu halten vermag. Nun hat die Re-
gierung einen Gesetzentwurf in Vorbereitung zum Abbau der
Verordnung über die Wirtschaftsprüfung. Die Maßnahme wird
Konturte senken zu müssen, sondern sich unter Geschäftsauf-
sicht zu stellen, hat sehr demotivierend gewirkt. Sie hat die
Reinigung der Wirtschaft verzögert. Soffientlich wird hier ganze
Arbeit gemacht, damit der Entwicklung zu Wirtschaftsent-
wicklung freie Bahn geschaffen wird.

Porzellanerlass aus Bapier. Man kann jetzt aus Bapier
haltbare Teller, Tassen und ähnliche Dinge herstellen. Wie
M. Berger in der Leipziger „Allgemeinen Zeitung“ mitteilt,
wird bei diesem Verfahren das Bapier in runden Scheiben zur
Machung gebracht, deren machbare Linie jede Scheibe ein-
zel aufzunehmen und unter das Stanzwerk einer Presse bringen.
Dadurch wird das Bapier in der gewöhnlichen Form entspre-
chend, und die Seiten werden gefaltet, wodurch eine erhöhte Festigkeit
erreicht und überschüssiges Bapier mit eingebracht wird. Der
Bapiererlass oberer Teller hat damit bereits seine endgültige Form
erhalten. Er kommt nun in eine andere Maschine, in der er
durch Hitze sterilisiert wird; dann wird der betreffende Teil
umgedreht, so daß die Faltung nach unten kommt; ein Trans-
portband zieht die einzelnen Stücke unter einem Strahl von
heißem Paraffin durch, das auf die Außenfläche aufgebracht
wird. Dadurch werden die Falten fest verklebt, und die all-
gemeine Festigkeit ist bedeutend erhöht. Die Stücke kommen so-
dann in eine Trockenkammer, wobei das überschüssige Paraffin
abtropft. Nach dem Verlassen der Trockenkammer werden diese
Bapiergegenstände durch ein endloses Transportband an Ventila-
toren entlagert und vollkommene getrocknet; sie haben
dann die Festigkeit des Porzellans, sind aber viel haltbarer.

Von der Keramikindustrie.

Erweiterung geplant. Die Steingutfabrik Goldschmidt A.G.
plant die Errichtung einer Zweigfabrik größerer Stills zur Her-
stellung von Steingutgeschloßteilen. Bereits seit längerer
Zeit schwebt zwischen dem Magistrat der Stadt Weßmar
und der Goldschmidt Steingut A.G. Verhandlungen. Die Stadt
Weßmar soll zur Errichtung des Unternehmens eine Grundfläche
von rund 50 Hektar Acker und Wiesen, welche in der Hauptsache
kleineren Landwirten gehören, zu möglichst billigem Preise be-
reitstellen. Nachdem man monatelang in aller Stille gearbeitet
hatte, sollen nunmehr die Grundbesitzer möglichst schnell zu
Verkaufsbietungen zu einem für Industrieverhältnisse sehr
niedrigen Preise veranlaßt werden. Nach Weßmar hat auch die
Stadt Trebbin a. d. E. ein großes Interesse, daß die Steingut-
fabrik Goldschmidt ihre Zweigfabrik dort errichtet. Frühere
Verhandlungen mit der Stadt Torgau haben zu keinem Ergebnis
geführt. Die Steingutfabrik Goldschmidt will zu dem Erweiterungs-
plan schreiben, weil das Absatzgebiet in Goldschmidt keine Ausbeu-
nungsmöglichkeiten mehr bietet, und weil sie beabsichtigt, für
den Export auf dem Elbischiffsweg besonders günstige Vor-
bedingungen zu finden.

Aus unserem Beruf.

Reichsmantelarifvertrag gekündigt.

Zu einer Bürositzung am 27. September beschloß der Vor-
stand des Reichsmantelarifvertrags zum 31. Dezember 1925 zu
kündigen.

Vonn. Die Westdeutsche Porzellanfabrik in
Duisdorf bei Vonn hat anfangs Juli die Dreher und
Drehbankarbeiter ausgeperrt, weil sie die Drehtätigkeit be-
gannen hatten, mehr Lohn zu fordern. Man drohte mit
der Polizei, falls die Arbeiter nicht den Betrieb verlassen. Die
Arbeiter gingen und nahmen den ihnen aufergelegenen Kampf
auf. Acht Wochen dauerte der Kampf; ununterbrochen hielten die
Kollegen zusammen. Die Kollegen haben nun den Kampf ab-
gebrochen und bei anderen Firmen Arbeit angenommen. Die
Zahlstelle Vonn warnt, Arbeit bei der Westdeutschen Por-
zellanfabrik in Duisdorf bei Vonn anzunehmen, weil mit den
dort gezahlten Hungerlöhnen bei der großen Teuerung, die in
Vonn herrscht, keiner existieren kann. Vonn ist fast die teuerste
Stadt im besetzten Gebiet. Also Vorsicht! Jeder, der nach
Vonn will, soll vorher bei der Zahlstelle Er-
kundigungen über Vonn's Verhältnisse ein-
holen.

Köppelsdorf. Auf eine 2- bis 3-jährige Verbandsmitglie-
derschaft können folgende Mitglieder der Zahlstelle Köppelsdorf
zurückblicken: August Fesche, Georg Kolb, Karl Krenzel,
Wilhelm Süssa, Franz Schneider, Christian Wolf, Bernhard
Hammermann, Marino Werner, Karl Werner, Karl Gölle,
August Abel, Karl Burtart, Friedrich Krüdel, Gustav Krüdel,
Karl Schmidt, Fritz Schilling, Ernst Gramann, Richard Dorst,
Karl Müller, Albin Rager, Johann Rauch, Emil Sauertier,
Edmund Müller, August Riehm, Georg Köppler, Oskar
Wagner und Arthur Weber. Gewiß ein Zeichen von Verbands-
treue. In guten und schlimmen Zeiten haben diese Kollegen
immer gewußt, daß sie der Organisation treu bleiben müssen.
Mögen sich die jüngeren Kollegen ein Beispiel an diesen Bete-
ren nehmen. Wir wünschen den Kollegen, daß es ihnen ver-
gönnt sein möge, noch recht lange in der Organisation mitzu-
wirken.

Die Verwaltung der Zahlstelle Köppelsdorf.
Wannheim. Es kommt immer wieder vor, daß sich Kollegen
nach der Rheinischen Porzellanfabrik verlaufen, ohne sich vor-

r Porzellan- und verwandten
Verl.: Edwin Menninger,
— Verlag: Wih. Herden,
Brahestr. 2-5.
rlin S. O. Flischbecher 28/29.